Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6024**

17. Wahlperiode 30. 05. 2011

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thomas Nord, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 17/5765 –

Auswirkungen der politischen Krise in Belgien auf Deutschland und die Europäische Union

Vorbemerkung der Fragesteller

Im April 2010 ist in Belgien die Regierungskoalition unter Ministerpräsident Yves Leterme zerbrochen. Die Regierung ist seitdem nur noch geschäftsführend im Amt. Auch nach den Neuwahlen im Juni 2010 scheitert die Regierungsbildung immer wieder am Streit zwischen dem flämischsprachigen Norden und dem französischsprachigen Süden über eine Staatsreform, bei der insbesondere der interne Finanzausgleich zwischen den Regionen kontrovers ist.

Nach Medienberichten demonstrieren eine Menge Belgierinnen und Belgier für den Erhalt Belgiens als Zentralstaat. Aber wenn es derzeit um Auswege aus der Krise geht, sind die aktuellen Stichworte zumeist: Autonomie, Konföderation und Aufteilung Belgiens in unabhängige Staaten.

In internationalen Medien häufen sich Kommentare, nach denen Belgien kaum noch eine gemeinsame Zukunft habe. Im französischen Außenministerium gibt es seit längerem eine Arbeitsgruppe, die sich mit Szenarien einer möglichen Aufspaltung Belgiens sowie mit dem Anschluss der Wallonie und Brüssel an Frankreich beschäftigt. Zugleich ist die Rede von Gesprächen zwischen Vertreterinnen und Vertretern der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppe und der Regierung von Luxemburg über eine separate Lösungsmöglichkeit für die deutsche Minderheit in Belgien.

1. Inwiefern hat die Bundesregierung die Auswirkungen der politischen Krise bzw. einer möglichen Teilung Belgiens auf Deutschland erörtert, und welche Auswirkungen erwartet sie?

Die Bundesregierung hat die innenpolitische Lage im Königreich Belgien mit der belgischen Regierung im engen und vertrauensvollen Dialog erörtert.

Die Bundeskanzlerin hat ihren belgischen Amtskollegen Premierminister Yves Leterme bei ihrem Besuch in Belgien im November 2010 sowie König Albert II. und Premierminister Yves Leterme im Rahmen des Staatsbesuchs von König

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amts vom 26. Mai 2011 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Albert II. in Deutschland im März 2011 getroffen und dabei auch über Belgiens innenpolitische Situation gesprochen. Auch beim Besuch des belgischen Außenministers Steven Vanackere beim Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, in Berlin im Februar dieses Jahres wurde die Lage in Belgien erörtert.

Auswirkungen der innenpolitischen Diskussionen und der Verhandlungen zur Regierungsbildung auf die exzellenten bilateralen Beziehungen sind nicht zu erkennen. Zu Hypothesen über eine Teilung Belgiens haben sich weder die deutsche noch die belgische Regierung geäußert.

2. In welchen Gremien der EU oder anderen internationalen Organisationen wurde bzw. wird nach Kenntnissen der Bundesregierung die Frage nach den Auswirkungen der politischen Krise und einer möglichen Teilung Belgiens diskutiert, und inwiefern hat sich die Bundesregierung im Rahmen dieser Diskussionsprozesse mit dieser Frage beschäftigt und eigene Positionen eingebracht?

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis von der Befassung der EU oder anderer internationaler Organisationen mit diesem Thema.

3. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der Existenz einer Arbeitsgruppe im französischen Außenministerium, die sich mit den Folgen einer möglichen Spaltung Belgiens beschäftigt, und welche Konsequenzen zieht sie für ihr eigenes Handeln?

Die Bundesregierung geht davon aus, dass auch in der französischen Regierung Arbeitseinheiten intensiv die innenpolitischen Entwicklungen in anderen Ländern beobachten und dies ganz besonders in der unmittelbaren Nachbarschaft. Frankreich und Deutschland haben größtes Interesse an einer stabilen Entwicklung und an der Einheit Belgiens.

4. Hat die Bundesregierung bzw. eines der Bundesministerien eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit den politischen Folgen einer möglichen Teilung Belgiens für die Bundesrepublik Deutschland beschäftigt?

   Wenn ja, wo ist diese Arbeitsgruppe angesiedelt, und welchen Auftrag hat sie?

   Wenn nein, warum wurde keine Arbeitsgruppe eingerichtet?

Die Bundesregierung hat keine solche Arbeitsgruppe eingerichtet, da sie die Einheit Belgiens unterstützt.

5. Hat die Bundesregierung Kenntnis von Gesprächen zwischen Vertretern und Vertreterinnen der deutschsprachigen Minderheit in Belgien und Vertreterinnen und Vertretern der Regierung von Luxemburg, die im Zuge der politischen Krise Belgiens Auswirkungen für die Bundesrepublik Deutschland haben könnten, und wenn ja, wie beurteilt sie die Ergebnisse?

Einige Medien haben über Gespräche des Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Karl-Heinz Lambertz, mit Vertretern der Regierung von Luxemburg zu diesem Thema spekuliert. Die Gespräche wurden von offizieller Seite nicht bestätigt. Laut Medienumfragen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens sprechen sich dort 98 Prozent der Bürger für einen Erhalt Belgiens aus – in verschiedenen Föderalmodellen.

6. Hat die Bundesregierung Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der belgischen Regierung bzw. mit der EU-Ratspräsidentschaft über die politische Krise geführt, die die Auswirkungen der politischen Krise in Belgien auf die Bundesrepublik Deutschland oder die EU betreffen, oder wird sie solche Gespräche führen?

   Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat mit der EU-Ratspräsidentschaft keine solchen Gespräche geführt. Mit Vertreterinnen und Vertretern der belgischen Regierung wurden die in der Antwort zu Frage 1 genannten Gespräche geführt. Dabei ging es um die innenpolitische Lage in Belgien. Eine Auswirkung auf Deutschland oder die EU wurde dabei nicht thematisiert, da keine Anzeichen dafür vorliegen.

7. Hat die Bundesregierung Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der deutschen Minderheit in Belgien über die politische Krise geführt, welche die Auswirkungen der politischen Krise in Belgien für die Bundesrepublik Deutschland betreffen, oder wird sie solche Gespräche führen?

   Wenn nein, warum nicht?

Nein. Ein für den 16. März 2011 geplantes Gespräch zwischen dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Werner Hoyer, und Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz musste kurzfristig aus logistischen Gründen von belgischer Seite abgesagt werden. Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz pflegt einen regelmäßigen Dialog über allgemeine Themen mit verschiedenen Ansprechpartnern in Deutschland, vor allem auf Länderebene mit Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

8. Inwieweit beschäftigt sich die Bundesregierung mit der Frage möglicher Konsequenzen einer Teilung Belgiens für die europäischen Institutionen und die politische Lage in der EU, und welche Konsequenzen hält sie für möglich?

   Befürchtet die Bundesregierung, dass im Fall einer Teilung Belgiens sezessionistische Bewegungen in anderen EU-Staaten Auftrieb erhalten könnten?

Die Bundesregierung unterstützt die Einheit Belgiens und sieht in Belgien keine Anzeichen für tatsächliche sezessionistische Tendenzen. Keiner der hochrangigen Gesprächspartner der Bundesregierung hat bei den Gesprächen in der jüngeren Vergangenheit eine entsprechende Sorge geäußert.

9. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über Vorhaben seitens Belgien, den Euro-Rettungsschirm in Anspruch zu nehmen?

Von solchen Überlegungen seitens Belgiens ist der Bundesregierung nichts bekannt.

10. Welche Auswirkungen befürchtet die Bundesregierung auf den eigenen Haushalt, wenn Belgiens politische Krise erneut zur Abstufung seiner Kreditwürdigkeit führt?

Die Bundesregierung beteiligt sich nicht an Spekulationen zu möglichen Auswirkungen der politischen Krise in Belgien auf dessen Kreditwürdigkeit.

11. Befürchtet die Bundesregierung eine Ausweitung der Garantiesumme des Euro-Rettungsschirms, wenn Belgiens Krise erneut zur Abstufung der Kreditwürdigkeit führt und Belgien den Euro-Rettungsschirm in Anspruch nehmen sollte?

Der Bundesregierung ist nichts über Überlegungen seitens Belgiens zu einer möglichen Inanspruchnahme des Euro-Rettungsschirms bekannt.

Im Übrigen verweist die Bundesregierung auf den Beschluss der Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets vom 24./25. März 2011, die Vereinbarung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) dahingehend zu ändern, dass die effektive Darlehenskapazität von 440 Mrd. Euro sichergestellt wird. Allerdings sieht die Bundesregierung eine Inanspruchnahme der EFSF durch Belgien nicht als wahrscheinlich an.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333